Stadt Halle (Saale) 26.01.2015

Niederschrift

der 4. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 10.12.2014

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,

Marktplatz 2,

06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:01 Uhr bis 16:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand Oberbürgermeister

Dr. Annegret Bergner CDU/FDP-Stadtratsfraktion Andreas Scholtyssek CDU/FDP-Stadtratsfraktion Dr. Hans-Dieter Wöllenweber CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Dr. Ulrike Wünscher CDU/FDP-Stadtratsfraktion Vertreterin für

Herrn Bönisch

Elisabeth Nagel Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Katharina Hintz SPD-Fraktion Johannes Krause SPD-Fraktion

Dr. Inés Brock Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Yvonne Winkler Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM Vertreterin für

Herrn Wolter

Egbert Geier Bürgermeister Uwe Stäglin Beigeordneter Dr. Judith Marquardt Beigeordnete Tobias Kogge Beigeordneter Wolfram Neumann Beigeordneter Sabine Ernst Verwaltung Oliver Paulsen Verwaltung Marco Schreyer Verwaltung Anja Schneider Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Bernhard Bönisch
Hendrik Lange
Dr. Bodo Meerheim

CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Tom Wolter Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 4. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.4 Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten Vorlage: VI/2014/00309

 Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.5 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)
 - 2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.

Vorlage: V/2014/12788

Die Behandlung ist im Fachausschuss noch nicht abgeschlossen.

- 5.6 Jahresabschluss 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2014/00297 Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.7 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2014/00321 Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 5.8 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2014/00079

 Gleiche Voten in den Ausschüssen.
- 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration

Vorlage: V/2014/12728

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von

Fahrradabstellanlagen Vorlage: VI/2014/00236

Wurde in die Änderungen zum Haushaltsplan aufgenommen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass der Antrag ihrer Fraktion zum TOP 6.2 bis zur Diskussion des Punktes auf der Tagesordnung verbleiben soll.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.11.2014
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 19.11.2014 gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020 Vorlage: VI/2014/00385
- 5.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung Vorlage: V/2013/12291
 - Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur
- 5.2.1 Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)

Vorlage: V/2014/12767

- 5.3 Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis Vorlage: VI/2014/00194
- 5.4 Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten Vorlage: VI/2014/00309 abgesetzt
- 5.5 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)
 - 2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.

Vorlage: V/2014/12788 vertagt

- 5.6 Jahresabschluss 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: VI/2014/00297 abgesetzt
- 5.7 Änderung der Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2014/00321 abgesetzt
- 5.8 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2014/00079

abgesetzt

- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für die Katzenkastration
 Vorlage: V/2014/12728 abgesetzt
- 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen Vorlage: VI/2014/00236
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1 Mitteilung des Oberbürgermeisters zur Genehmigung des Nachtragshaushaltes
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.11.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 3. Öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.11.2014.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 19.11.2014 gefassten Beschlüsse

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über nachfolgenden, in nicht öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses am 19.11.2014 gefassten Beschluss:

zu 3.1 Einstellung einer Führungskraft im Fachbereich Bauen Vorlage: VI/2014/00259

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt,
Herrn Wolfgang Piller
als Abteilungsleiter Straßen- und Brückenbau (Stellennummer 660.4000.010)
zum 01.01.2015 einzustellen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Vorschlagsliste der Stadt Halle (Saale) zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020 Vorlage: VI/2014/00385

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach, ob durch die Verwaltung eine interne Prüfung der vorgeschlagenen Personen erfolgt ist.

Dazu teilte **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht,** mit, dass von den entsprechenden Personen ein von Gericht vorgegebenes Formular ausgefüllt und unterschrieben werden muss. Dabei seien auch entsprechende Erklärungen abzugeben, welche von der Verwaltung überprüft werden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt 3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtszeit vom 01. Februar 2015 bis 31. Januar 2020.

zu 5.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung
Vorlage: V/2013/12291

zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)
Vorlage: V/2014/12767

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass man sich im letzten Finanzausschuss ausführlich über die Prioritätensetzung verständigt habe.

Es lagen keine Wortmeldungen vor und Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung.

zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung (V/2013/12291)

Vorlage: V/2014/12767

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

3 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die "Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH" wird in der als Anlage 3 **geänderten** und beigefügten Fassung beschlossen.

Die Prioritätensetzung der Stadt Halle (Saale) wird in Anlage 3 (strategische Ausrichtung der Prioritätensetzung der SMG) wie folgt geändert:

	Wissenschafts- marketing	Tourismus- marketing	Wirtschafts/ Standort- marketing	City- Marketing	Event- marketing
Stadt Halle (Saale)	50 40	45 40	0 16	0	0 4

Unter Berücksichtigung aller Gesellschafter ändert sich im Ergebnis die Aufgabenverteilung der SMG wie folgt:

	Wissenschafts- marketing	Tourismus- marketing	Wirtschafts/ Standort- marketing	City- Marketing	Event- marketing
Gesamt	30	30	30	5	5

zu 5.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und

Prioritätensetzung Vorlage: V/2013/12291

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

3 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag (Änderungen im Text):

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die "Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH" wird in der als Anlage 3 beigefügten Fassung beschlossen.

Abschließend teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Verwaltung mit diesem Beschluss in die Gesellschafterversammlung zur Umsetzung des Beschlusses gehen werde.

zu 5.3 Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis

Vorlage: VI/2014/00194

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Halle (Saale) für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen

Vorlage: VI/2014/00236

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass man sich im Finanzausschuss dazu abgestimmt habe, 10.000 Euro für das kommende Haushaltsjahr bereitzustellen.

Da zwei Geschäftsbereiche von der Problematik betroffen sind, werde er sich mit Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, über die Bildung von Anteilen verständigen, um in der Haushaltsberatung für den Haushaltsplan Entwurf 2016 ff. Berücksichtigung des Themas zu finden.

Frau Hintz, SPD-Fraktion, ergänzte, dass eine Abstimmung nicht mehr notwendig sei, da dies schon im Finanzausschuss erfolgt ist. Sie wolle auch keine Entscheidung treffen, die schon jetzt in den Haushalt 2016 eingreife.

Im Finanzausschuss habe man Einigung darüber erzielt, dass es sich um einen investiven Antrag handelt, über den jedes Jahr neu eine Entscheidung getroffen werden muss. Ebenso werde der betroffene Bereich zur nächsten Haushaltsdebatte über den aktuellen Stand berichten.

Auf Grund der Aussagen von Frau Hintz zog Frau Dr. Brock den Antrag ihrer Fraktion zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Zeitraum des städtischen Investitionsprogramms 2014 -2018 erneut 1.000 Fahrradabstellplätze entsprechend der vom Stadtrat im Oktober 2013 bestätigten Bedarfsliste zu schaffen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung des Oberbürgermeisters zur Genehmigung des Nachtragshaushaltes

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass das Landesverwaltungsamt den Nachtragshaushalt bestätigt hat und von einer Beanstandung absieht. Der strittige Höchstbetrag der Kredite wurde auf 328.500.000 Euro festgesetzt, im Haushaltsbeschluss hatte die Stadt 350.000.000 Euro festgelegt.

Damit die Nachtragshaushaltssatzung ohne weitere Verzögerung in Kraft treten kann, ist der Beschluss des Stadtrates zum Beitritt der kommunalaufsichtlichen Genehmigung erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die Einbringung einer Dringlichkeitsvorlage in den Stadtrat, mit der Bitte, der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes beizutreten. Damit könnte noch eine rechtzeitige Veröffentlichung erfolgen und die Nachtragssatzung in diesem Jahr in Kraft treten, damit die Stadt die Verpflichtungen aus der Fluthilfe rechtzeitig eingehen kann.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Gesellschafterweisung Stadtmarketing

Bezüglich der Aussage von Herrn Oberbürgermeister zur Gesellschafterweisung nach Beschlussfassung zur strategischen Ausrichtung und Prioritätensetzung der SMG fragte **Herr Krause** nach, wie damit weiter verfahren und ob die Gesellschafterweisung den Stadträten zur Kenntnis gegeben wird.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Vorbereitung durch die BMA erfolgt und er mit der Beschlussfassung in die Gesellschafterversammlung gehen und um Veränderung bitten wird. Ende Januar 2015 findet die nächste Gesellschafterversammlung statt

Er sagte zu, dass er bei einer Beschlussfassung im Stadtrat mit dem Votum in die Gesellschafterversammlung geht, so dass auf eine Gesellschafterweisung verzichtet werden könnte.

zu 9.2 Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Kündigung Leistungsvertrag Singschule

Auf Antrag von Herrn Krause, SPD-Fraktion, wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Zweite Frage, ich möchte den Sachverhalt mal verstehen. Und zwar Thema Singschule, Neuverhandlung Leistungsvertrag.

Was ist gekündigt worden, der Leistungsvertrag oder der Trägervertrag?

Mit anderen Worten, ist jetzt der Umstand eingetreten durch die Kündigung, dass die 200.000 Euro, die in dem Leistungsvertrag bereitgestellt worden sind, jetzt nicht mehr bereitgestellt werden können?

Mit anderen Worten, wenn die freiwillige Leistung wegfällt, dass und das Geld dadurch durch eine Kündigung möglicherweise, also dass wir es nicht mehr einstellen können erneut? So wie es in der Vorlage drin steht, die neue, da steht der Satz neu verhandeln. Neu verhandeln heißt ja nicht kündigen.

Ich habe aber verstanden oder gehört, dass Sie inzwischen den Leistungsvertrag gekündigt haben. Das heißt also, damit ist die Leistung beendet. Nach der derzeitigen Haushaltslage dürfen wir neue freiwillige Leistungen sozusagen nicht kreieren. Das heißt, das Geld wäre weg.

Doch, das steht im Raum. Das ist jetzt die Frage, wie die Verwaltung das bewertet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

O.k. Frau Dr. Marquardt bitte.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Der Leistungsvertrag wurde gekündigt zum Ende 2015. Das heißt, es läuft noch nächstes Jahr 200.000 für die Singschule.

Und es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, damit wir versuchen, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Wir haben als Termin gemäß Antrag den 30.04. Der Antrag kommt zügig noch in den Stadtrat. Aber das ist der Antrag, der im Kulturausschuss beschlossen wurde.

Herr Krause

Ich will jetzt genau wissen, ist mit dieser Kündigung die Situation eingetreten, dass die Finanzierung des Leistungsvertrages mit einem neuen Leistungsvertrag, also eine Aufgabe neu aufzulegen, eine freiwillige Aufgabe, obsolet? Also ist das Geld weg, die 200.000 oder nicht? Also das ist die Frage.

Frau Beigeordneter Dr. Marquardt

Das kann ich nicht einschätzen. Ich denke nicht.

Herr Krause

Sie können freiwilllig für so eine Leistung keinen neuen Vertrag abschließen, wenn es gekündigt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Warum nicht? Wie kommen Sie da drauf?

Herr Krause

Weil es eine freiwillige Leistung ist. Nach unserem Haushaltsrecht. Na gut, wenn die Verwaltung da eine andere Meinung hat und das Geld weiter zur Verfügung steht, können wir gut mit leben.

Ich weise nur darauf hin, dass das zu einer Beanstandung durch das Landesverwaltungsamt führen müsste, nach der derzeitigen Lesart. Wenn das nicht der Fall ist, dann bin ich ja nur froh drüber.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dadurch, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, ist das für uns unproblematisch. Und es ist auch nicht vorgesehen, diese Gelder in irgendeiner Weise raus aus dem Haushalt zu nehmen. Sondern wir wollen ja an und für sich nur offen verhandeln können. Das ist ja das Entscheidende.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Da kann man das ja mit einer Protokollnotiz nochmal so festhalten, dass das eben diese Haltung ist. Und dass wir uns da gegebenenfalls auch darauf berufen.

Herr Krause

Der Hintergrund meiner Frage ist der rechtliche Hintergrund.

Ob es passieren kann durch eine Kündigung, weil in der neuen Vorlage steht verhandeln, und wenn man verhandelt während eines laufenden Vertrages, den dann anpasst, ist es ein anderer juristischer Hintergrund, als wenn eine Leistung grundsätzlich gekündigt ist. Und man geht jetzt her, deutlicher wird es, wenn man zum Beispiel einen Träger komplett wechseln würde. Dann gibt man einem neuen Träger eine neue Aufgabe, die ist entweder genauso hoch oder die ist anders ausgestattet. Aber es ist sozusagen im Rahmen der Vergabe von freiwilligen Aufgaben sozusagen haushaltrechtlich eigentlich nicht statthaft.

Ich frage jetzt, nicht hinterher, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das ist so nicht richtig. In dem Moment, wenn der Haushaltsausgleich herbeigeführt wird, ist es jederzeit möglich, im Rahmen der Finanzhoheit der Stadt die Aufgaben entsprechend zu verteilen.

Hier ist es ja so, dass es eigentlich eine fürsorgliche Kündigung ist, denn 2015 wird ja der Betrag noch in voller Höhe ausgereicht. Und wenn wir jetzt auch erklären, dass die 200.000 Euro auch weiterhin vorgesehen sind, wenn es der Haushalt hergibt, das muss man ja dann auch immer sehen, dann ist das selbstverständlich, dass wir dann mit einem neuen Vertrag wieder mit 200.000 Euro dann versehen in den nächsten Haushalt hineingehen.

Herr Krause

O. k. dann bitte ich da drum, dass wir diese Erklärung als Wortprotokoll mit reinnehmen ins Protokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.3 Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Kündigung Künstlerhaus 188

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Dr. Brock

Ich frage auch zu einer Kündigung, die uns erst heute im Verlauf des Tages zur Kenntnis gegeben wurde, nämlich dass mit dem Künstlerhaus 188 Verein, die Kündigung zum Ende September ausgesprochen worden ist. Und da wollte ich erstens wissen, ist das korrekt? Und wenn das korrekt wird, wie soll es ab 01.01. weitergehen? Ja, warum hat man an dieser Entscheidung den Stadtrat nicht beteiligt? Wir haben am 21.11. noch nachgefragt, wie die Nutzung für 2015 ist, da wurde uns gesagt, es wird geprüft.

Unser Antrag steht am kommenden Mittwoch auf der Tagesordnung, wo es darum geht, ein Nutzungskonzept zu entwickeln und wir finden das alles sehr erschreckend, wenn es denn so ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Schrecklich kann man es erst finden, wenn es tatsächlich so ist.

Frau Dr. Marquardt, bitteschön.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Sport

Wir haben mit dem Verein gesprochen, dass wir ihm helfen möchten, ins Stadtmuseum zu ziehen, so schnell wie möglich. Denn da sind keine Mittel vorgesehen für den Betrieb des Künstlerhauses 188 in der Böllberger Straße. Das wäre dann die Möglichkeit, dass sie weiter bestehen können und wir sind gerade in den Zügen, zu schauen, wie bringen wir das am besten über die Runden, so schnell wie möglich.

Frau Hintz, SPD-Fraktion

Zu wann ist jetzt nochmal gekündigt worden?

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Das ist meines Wissens keine Kündigung ausgesprochen. Also ich kenne kein Kündigungsschreiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Auf welche Nachricht beziehen Sie sich? Ich weiß es nicht.

Frau Dr. Brock

Ja ich beziehe mich auf eine Nachfrage an unseren Stadtrat Christian Feigl von einem Mitglied des Vorstandes des Vereins, der ihm das mitgeteilt hat, dass der Vertrag gekündigt worden sei.

Frau Hintz

Zu wann denn?

Frau Dr. Brock

Zum 31.12.

Frau Hintz

Sie haben gesagt, zum September. Sie haben sich versprochen, was ja auch nicht schlimm ist. Aber vielleicht ist die Kündigung vom September zum 31.12.

Frau Dr. Brock

Nein, zum 31.12. jetzt. Also gestern soll das bekannt geworden sein. So habe ich auch gefragt, deshalb frage ich ja jetzt.

Also es ist keine Kündigung ausgesprochen worden? Nicht zum 31.12.?

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Es ist keine Kündigung ausgesprochen worden.

Es ist nur der Versuch, dem Verein so schnell wie möglich zu helfen, ins Stadtmuseum zu kommen.

Frau Dr. Brock

Dann muss ich das ja glauben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Gibt es noch Anmerkungen von den Kollegen zu dem Thema?

Ende des Wortprotokolls.

zu 9.4 Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Kündigung Künstlerhaus 188

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Also ich habe da auch noch eine Nachfrage zu dem Thema.

Uns ist das auch gesagt worden, dass bis zum 31. Dezember umgezogen werden soll. Und soweit ich weiß, sind ja die Räume, in die der Umzug erfolgen soll, nicht ertüchtigt. Das sollte ja mit dem Geld passieren, was praktisch durch die HAVAG für den Abriss oder als Gegenwert für das Künstlerhaus 188 zur Verfügung steht. Und das das bestenfalls nur eine provisorische Unterbringung sein soll.

Auf der anderen Seiten haben wir jetzt in den Haushaltsberatungen die 30.000 Euro Betriebskosten, die für das Künstlerhaus eingeplant waren, noch um 30.000 Euro erhöht. Zumindest im Finanzausschluss so beschlossen.

Und da ist das natürlich nun eine neue Entwicklung, die für mich nicht richtig zusammengeht. Und ich meine, wenn es nun in zwei verschiedenen Fraktionen angekommen ist, dann weiß ich nicht, dann möchte ich jetzt, wenn Sie sagen, Frau Marquardt, Sie versuchen da schnellstmöglich eine Umsetzung in das Stadtmuseum, da muss ich schon fragen, warum diese Dinge nicht im letzten Kulturausschuss besprochen wurden.

Wir hatten ja, wenn ich mich richtig erinnere, die Vereinbarung, dass jetzt erst mal, solange die Zukunft des Künstlerhauses nicht entschieden ist, das erst mal der Status quo so bleibt. Wir haben kein Geld, um das Stadtmuseum zu ertüchtigen und dann hätte ich schon gern gewusst, welche Pläne dort vorliegen und wie sich dieser Umzug gestalten soll. Und das ist nicht geschehen.

Ich möchte jetzt noch mal hören, wie ist der Stand mit dem Umzug des Künstlerhauses und ich möchte dazu, zu allem was zum Künstlerhaus gesagt wurde, möchte ich gern ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Marquardt.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Es wird gerade geprüft mit Fachbereich 24 und mit verschiedenen Partnern, wie der Kunstverein so schnell wie möglich ins Museum kommen kann. Gerade jetzt, mit dem Ziel, das so schnell wie möglich zu vollziehen.

Frau Dr. Wünscher

Aber das geht doch nicht ohne Geld. Und die Haushaltsberatung haben wir gerade abgeschlossen.

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Es werden Sponsoren und Partner angesprochen, die dabei unterstützen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Weitere Wortmeldungen, weitere mündliche Anfragen?

Ende des Wortprotokolls.

zu 9.5 Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Kündigung Leistungsvertrag Singschule

In Bezug auf die Kündigung des Leistungsvertrages der Singschule machte **Frau Dr. Wünscher** darauf aufmerksam, dass es keine Diskussion im Kulturausschuss zu diesem Thema gab.

Sie fragte an, weshalb keine Gremienbeteiligung erfolgt.

Dazu teilte **Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, mit, dass nach entsprechender Prüfung durch den Fachbereich Recht kein Stadtratsbeschluss erforderlich sei und für den Leistungsvertrag eine Kündigung durch den Oberbürgermeister erfolgen konnte.

Damit gehe keinerlei Entscheidung zur Trägerschaft einher. Da die Trägerschaft durch den Stadtrat beschlossen wurde, müsste bei einer Änderung eine erneute Beschlussfassung im Stadtrat erfolgen.

zu 9.6 Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Kündigung Künstlerhaus 188

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Dr. Wöllenweber

Es fällt mir gerade ein, wir haben ja jetzt 60.000 Euro dafür eingestellt als Betriebskosten. Werden die dann mit rüber genommen?

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Wenn die zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Wöllenweber

Wenn der Verein in ein neues Domizil letztlich zieht.

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Dann braucht er trotzdem die Betriebskosten

Herr Dr. Wöllenweber

Die gehen mit rüber, dann?

Frau Dr. Wünscher

Das wird dann auch noch Thema im Kulturausschuss sein?

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt

Das wird noch Thema sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich fasse noch mal zusammen.

Insgesamt gab es den Wunsch, auch von dem Verein, dass das Künstlerhaus irgendwann in das Stadtmuseum einzieht. Das war übereinstimmendes Votum von allen Beteiligten. Und da ist die Verwaltung weiterhin dabei und versucht, dieses zu realisieren, wenn das möglich ist.

Dazu können wir aber momentan noch keine Aussage machen, weil momentan die finanziellen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Ende des Wortprotokolls.

zu 10 Anregunge	n
-----------------	---

Es lagen keine Anregungen vor und Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete den
öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand Oberbürgermeister	
Anja Schneider Protokollführerin	